

Wahlperiode 2018/2019

01.11.2018

Ausschussempfehlung und Bericht des Ausschusses gegen Antisemitismus

**zu der Selbstbefassung gemäß § 68 Absatz 2 der Geschäftsordnung des
Studierendenparlamentes**

mit

der Schaffung eines Meldesystems für antisemitische Vorfälle

I. Vorbemerkung

Der Haushaltsausschuss hat die Selbstbefassung gemäß § 68 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes (GO) am 22.10.2018 beschlossen. Die Selbstbefassung wurde während ebendieser Sitzung durchgeführt.

II. Beschlussempfehlung

Das Studierendenparlament wolle beschließen,

an der Universität Hamburg möge eine Meldeplattform für antisemitische Vorfälle eingerichtet werden. Dieses Meldeportal soll viral dazu dienen antisemitische Erlebnisse im Studienalltag anonymisiert zu schildern um Betroffenen weitere Hilfestellungen zu ermöglichen und der verfassten Studierendenschaft eine Einschätzung zu den stattfindenden Vergehen zu schildern um mögliche Maßnahmen auszuarbeiten.

III. Bericht / Beratungsinhalt / Begründung

„Ich werde es nicht bedauern, diese Welt zu verlassen. Dass wir heute in so einer Welt leben mit dem Antisemitismus und Leuten die sagen, dass der Holocaust nur eine Erfindung war. Ich persönlich habe keine Zukunft mehr. Zukunft werde ich haben dort. Ich werde nicht die Hölle haben, die Hölle war hier.“ Leokadia Szlak verbrachte 63 Monate in Auschwitz und Dachau; lebt in Israel.

Die Studierendenschaft der Universität Hamburg verurteilt und wendet sich gegen jede Form von Antisemitismus. Gerade in Zeiten einer immer stärker werdenden rechtsradikalen Bewegung, wieder sagbaren Antisemitismus, dem Anstieg antisemitischer Gewalt oder weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ist es unabdingbar, ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen!

Die Novemberpogrome, die nicht zuletzt auch auf dem Gelände der heutigen Universität Hamburg stattfanden, liegen in diesem Jahr 80 Jahre zurück und faschistische Gedanken werden wieder offener geäußert. In jener Stadt, in der Synagogen brannten, Menschen in Konzentrationslager deportiert wurden und das in seiner nationalsozialistischen Verblendung in dem Zweiten Weltkrieg aufging, werden heute wieder Juden in der Öffentlichkeit angegriffen, Menschen werden aufgrund ihrer Religion aus Gemeinschaften ausgeschlossen oder vom Staat unterhalb jeglicher Menschenwürde behandelt und eine Partei mit einem extrem nationalistischen Programm sitzt mittlerweile wieder im Bundestag. Spätestens seit der »Entdeckung« des NSU sollte klar sein, welche tödlichen Konsequenzen faschistische Einstellungen auch heute nach sich ziehen. Gerade in dem Land, das für die schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte verantwortlich ist, verbreiten Menschen ihr menschenverachtendes Weltbild wieder offen in den Parlamenten, über die sozialen Medien und auf der Straße.

Auch in dem Umfeld der Universität Hamburg wurde deutlich, dass Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wieder Aufwind gewinnen. So wurden in diesem Winter auf den Bahnsteigen des U-Bahnhofes Hallerstraße antisemitische Vernichtungsdrohungen geschmiert, welche an verschiedenen Stellen des Bahnhofes angebracht wurden. Dort war die Aufschrift „Sau Jude ins Gas“ und „AFD Power“ zu lesen. Kurz davor wurde eine Frau in dem Linienbus 4 auf der Höhe der Bushaltestelle Universität/Staatsbibliothek im Grindelviertel Opfer von antisemitischen Parolen bevor sie mit einem Messer angegriffen wurden und musste daraufhin in ein Krankenhaus eingeliefert und operiert werden. Des Weiteren führte beispielsweise Mitte diesen Jahres die rechtsradikale Identitäre Bewegung auf dem Campus eine antisemitische Kampagne gegen eine Hochschulpolitikerin durch, welche mit einer öffentlichen Ächtlichmachung und einem an den Pranger stellen der Betroffenen einherging. Das revolutionäre Kollektiv Hamburg ein regionaler Ableger des Berliner Jugendwiderstandes bedrohte im Rahmen des Antiracist Congress - Pflasterstrand unterdessen, die Gäste einer antisemitismuskritischen Veranstaltung des AStA und führte diese zu einem Abbruch. Im selben Monat wurden auf Plakate einer Gedenkveranstaltung für die Opfer der Shoah in der Universität Hamburg rechtsradikalen Schmierereien in Form von Hakenkreuzen gezeichnet, außerdem wurden zu dem 70. Jährigen Jubiläum der Staatsgründung Plakate von der DIG e.V. um die Davidsterne und Israelfahnen beraubt. Im Frühjahr diesen Jahres wurde in den Briefkasten einer Hamburger Bildungseinrichtung, an welcher auch Jüd*innen lernen, ein unfrankierter brauner Umschlag mit antisemitischen und rassistischen Propagandamaterialien eingeworfen. Im Herbst letzten Jahres wurden in den Fahrstuhl der Fakultät für Sozialökonomie Hakenkreuze und Positivbezugnahmen auf Adolf Hitler geschrieben. Letztendlich konnte auch die BDS-Kampagne seit dem letzten Jahr mit mehreren teils sehr öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen an der Universität Hamburg den Diskurs in ihre Richtung verschieben.

Wir halten es im Rahmen eines wieder aufkeimenden Antisemitismus' in universitären Kontexten, sowie in den aktuellen Debatten im Allgemeinen für notwendig, eine virale Plattform für das Melden von antisemitischen Vorfällen bereitzustellen. Die Meldeplattform, die es den Studierenden der UHH und allen anderen Mitgliedern der Universitätsgemeinde, ermöglichen soll antisemitische Vorfälle zu melden soll nicht nur dazu beitragen Antisemitismus rein statistisch zu erfassen, es geht vielmehr um die Ursachenforschung und die konsequente Auseinandersetzung und Bekämpfung dieser Vorfälle.

Wir müssen Ursachenforschung von Antisemitismus an der Universität Hamburg betreiben, in Form von einer jährlichen Statistik über diese aufklären, auf einem akademischen Niveau Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Phänomene einleiten und Betroffene schützen.

Sarah Rambatz

-Ausschussvorsitzende-